Immigration de Luxe

VON THEO PISCHKE

Mit Gerhard Schröders Politikstil haben selbst seine eigenen Minister manchmal Schwierigkeiten. Walter Riester zum Beispiel. Des Kanzlers Gespür für Stimmungen und deren Umsetzung in Politik, sein bauchgesteuertes Bestimmen von Themen, sein fixes Vorpreschen wie bei der Holzmann-„Rettung" oder jetzt sein Publicity-trächtiger Hauruck-Vorstoß auf der Computermesse Cebit in Sachen Experten-Mangel widersprechen Riesters Art, Politik zu machen. Der Arbeitsminister bevorzugt bedächtiges Analysieren, überlegtes Abwägen. „Ich bin grundsätzlich dafür, dass wir Probleme lösen, aber grundsätzlich dagegen, dass wir gleich Hurra schreien, wenn Lobbyisten eine Sache hochplustern", ging Riester auf Distanz zum Kanzler, als dieser sich für die Anwerbung ausländischer Computerspezialisten stark machte.

Nun will das Arbeitsministerium in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit erst einmal den tatsächlichen Fachkräftebedarf ermitteln und mit Hilfe einer Hotline möglichst jeder Software-Schmiede und jedem Internet-Unternehmen zu einem Fachmann vom deutschen Arbeitsmarkt verhelfen. Damit liegt Riester auf einer Linie mit SPD-Sozialpolitikern wie Adi Ostertag, der indische Software-Kulis oder polnische Specjalisci komputerowi in Deutschland im Grunde für entbehrlich hält.

Doch während Riester in der Diskussion höchst präsent ist, hält sich einer seiner Ressortkollegen, den das Thema eigentlich auch angeht, auffällig zurück: Innenminister Otto Schily. Er fürchtet offenbar eine neue Diskussion über ein Einwanderungsgesetz. Diese heikle Debatte will er sich nicht aufhalsen, stünde doch an ihrem Ende für den Minister ohnehin nur die Zuwanderungsquote null, wie er oft genug erklärt hat.

Schröders Ankündigung einer „Green-Card" für 30 000 Computerexperten hat die Debatte und eine gesetzliche Regelung der Einwanderung zwar wieder auf die Tagesordnung gebracht, doch außer einigen grünen und sozialdemokratischen Innenpolitikern und der PDS scheint niemand im Bundestag ein Interesse zu haben, sie auch wirklich zu führen.

Schily schweigt. Und die Union hat der Macher Schröder in eine Zwickmühle gebracht. Sie ringt um Glaubwürdigkeit, denn einerseits fällt es ihr schwer, sich den Rufen der Industrie nach Fachkräften zu entziehen. Andererseits will sie von befristeten Immigrationsquoten nichts wissen, ein Einwanderungsgesetz gar „fürchtet sie wie der Teufel das Weihwasser", gibt ein Unionsparlamentarier freimütig zu: denn damit verbinde sie einen „ungezügelten Zustrom nach Deutschland".

Schröders Green-Card-Initiative könnte die Debatte um ein **EINWANDERUNGSGESETZ** *voranbringen – doch die SPD hat kein Interesse daran*

Schröders Schachzug bringt die Union ins Lavieren. „Wir brauchen kurzfristig Computerfachleute, wenn wir die Zukunft nicht verspielen wollen", sagt der Chef der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Peter Rauen. Zwar kritisiert das CDU-Präsidiumsmitglied Schröders „Show" auf der Cebit, in der Sache gibt er dem Kanzler jedoch Recht: „Wenn Experten fehlen, verpassen wir Entwicklungschancen."

Die CSU, die ihre Art der Versöhnung von Tradition und Moderne stets mit dem Schlagwort „Mit Laptop und Lederhose" preist, lehnt den Ruf der Computerindustrie nach ausländischen Fachkräften rundheraus ab; denn dies wäre der erste Schritt zu einer „Dauereinwanderung", so der bayerische Innenminister Günther Beckstein. Das macht es Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn leicht, ironisch zu sein: Der CSU komme der Laptop abhanden.

Das Objekt der Begierde heißt **GREEN CARD** *und ist eigentlich weiß*

Die Hoffnung des bündnisgrünen Innenpolitikers Cem Özdemir, mit Hilfe der Computerindustrie und deren Fachleute-Mangel ein „Ende des Zeitalters der Ideologien in der Debatte um Zuwanderung" einläuten zu können, scheint sich angesichts des Parteienstreits nicht zu erfüllen. Und auch seine grüne Parteifreundin und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, beschleichen leise Zweifel: „Eine Einwanderungsdebatte ist gut, ich weiß aber nicht sicher, wohin sie läuft."

Wesentliche Impulse für ein Einwanderungsgesetz erwartet sie nicht vom Gezerre um die Green Card. Es müsse auch jetzt nicht „der große Wurf" eines Einwanderungsgesetzes kommen, meint Becks Sprecher Bernd Knopf. Die Ausländerbeauftragte will sich zuerst auf das jetzt Mögliche konzentrieren. Im Vordergrund dabei steht, dass jeder Ausländer mit einem Aufenthaltsrecht in Deutschland auch seinen Lebensunterhalt selbst verdienen darf.

Das Arbeitsgenehmigungsrecht für Ausländer sei „unübersichtlich und unstrukturiert", meint Knopf (*siehe Kasten*). Hauptpunkt seiner Kritik ist der so genannte Clever-Erlass. Peter Clever war unter Norbert Blüm Abteilungsleiter im Bundesarbeitsministerium und formulierte 1997 die Weisung, dass Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge, die nach dem 15. Mai 1997 nach Deutschland gekommen sind, nicht arbeiten dürfen. Längst in Gerichtsurteilen für rechtswidrig erklärt, gilt der Erlass nach wie vor. Beck will Riester dazu bewegen, ihn zu kassieren. „Es schürt Fremdenfeindlichkeit, wenn Flüchtlinge in der Sozialhilfe belassen werden", sagt sie.

Bei der Diskussion um Schröders Cebit-Rede stört Beck die Trennung zwischen „feinen Immigranten, wie indischen Computer-Cracks, und den hier lebenden Flüchtlingen". Sie zu integrieren müsse an erster Stelle stehen. Dabei bekommt Beck auch Unterstützung von Fachleuten aus der Wissenschaft. Dringend sei die „vernünftige Integration" von bereits hier lebenden Ausländern, sagt Klaus Bade, Professor am Institut für Migrationsforschung in Osnabrück. Notwendig seien aber auch ein Einwanderungsgesetz und eine grenzüberschreitende Beschäftigungspolitik. „Die Deutschen müssen sich daran gewöhnen", sagt Bade, „dass sie auf dem eigenen Arbeitsmarkt mit Ausländern konkurrieren. Das ist die andere Seite der Globalisierung."

FOTO: AP

ZUR SACHE

Im Gestrüpp der Paragrafen

BÜROKRATIE *macht Ausländern die Jobsuche schwer*

Ausländer, die nicht aus Staaten der Europäischen Union stammen, dürfen seit 1973 nicht mehr nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten. Ausnahmen sind streng bürokratisch geregelt – in der **ANWERBESTOPP-AUSNAHMEVERORDNUNG**. Danach dürfen auch hoch qualifizierte ausländische Spezialisten nur dann hier arbeiten, wenn „wegen ihrer besonderen Kenntnisse ein öffentliches Interesse besteht". Geprüft wird dies von der zuständigen deutschen Botschaft, der Ausländerbehörde und dem Arbeitsamt. Die Genehmigung wird äußerst restriktiv gehandhabt. Erlaubt ist zudem die befristete Anstellung von Spezialisten, die innerhalb von internationalen Konzernen von einer Tochterfirma zum Hauptsitz wechseln und umgekehrt.

Bereits in Deutschland lebende Ausländer, die nicht EU-Bürger sind, müssen sich durch einen Wust von Paragrafen kämpfen, wenn sie eine Arbeit aufnehmen wollen. Sie benötigen entweder eine Arbeitserlaubnis oder eine Arbeitsberechtigung. Die **ARBEITSERLAUBNIS** wird nur für eine bestimmte berufliche Tätigkeit gewährt und ist an einen bestimmten Betrieb gebunden. Auch wird sie nur erteilt, wenn weder ein Deutscher noch ein EU-Ausländer den Job annehmen will.

Die Arbeitserlaubnis konnte bis vor knapp zwei Jahren beispielsweise von Asylbewerbern nach einer Wartezeit von drei Monaten in Anspruch genommen werden. Nach dem so genannten Clever-Erlass gilt dies allerdings nicht mehr für Asylbewerber und Flüchtlinge, die nach dem 15. Mai 1997 nach Deutschland gekommen sind; sie dürfen überhaupt nicht arbeiten.

Vier Jahre auf eine Arbeitserlaubnis warten müssen nachgezogene Ehegatten oder Kinder von Nicht-EU-Ausländern, die hier eine befristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbewilligung haben.

Im Gegensatz zur Arbeitserlaubnis ist eine **ARBEITSBERECHTIGUNG** nicht auf eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb beschränkt. Sie gilt beispielsweise für Nicht-EU-Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis haben und sich seit sechs Jahren ununterbrochen in Deutschland aufhalten. Auch Ausländer, die vor ihrer Einreise nach Deutschland jünger als 18 Jahre waren und hier einen Schulabschluss gemacht haben, bekommen eine Arbeitsberechtigung.